



Samstag, 17. Januar 2026, 15:58 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Prekäres Paralleluniversum

Der wachsende Niedriglohnsektor zeigt: Wenn jemand aus der Arbeitslosenstatistik herausgefallen ist, bedeutet das noch lange nicht, dass er ein menschenwürdiges Leben führen kann.

von Günther Burbach
Foto: Victor Velter/Shutterstock.com

Es gab eine Zeit, in der Erwerbsarbeit in Deutschland

nicht erklärt werden musste. Sie funktionierte einfach. Ein Lohn, oft aus einem einzigen Arbeitsverhältnis, reichte aus, um eine Familie zu ernähren. Nicht luxuriös, nicht sorgenfrei, aber stabil. Die Miete war bezahlbar, der Kühlschrank gefüllt, Urlaube waren selten, aber möglich. Rücklagen entstanden langsam, aber sie entstanden. Arbeit bedeutete Teilhabe, nicht Rechnen bis zum Monatsende. Viele ältere Menschen erinnern sich noch gut daran. Sie erzählen von Werkshallen, Verwaltungen, Handwerksbetrieben, in denen ein normales Einkommen genügte, um ein Leben aufzubauen. Nicht jeder war wohlhabend, aber die meisten waren abgesichert. Krankheit bedeutete kein sofortiges finanzielles Risiko. Arbeitslosigkeit war ein Bruch, aber kein Absturz. Wer arbeitete, gehörte dazu, sozial, wirtschaftlich, gesellschaftlich. Diese Ordnung war kein Zufall und kein Geschenk des Marktes. Sie beruhte auf klaren Strukturen: Tarifverträge, starke Gewerkschaften, überschaubare Lohnspreizung und ein politischer Konsens, dass Arbeit mehr ist als ein Kostenfaktor. Produktivitätsgewinne wurden nicht ausschließlich abgeschöpft, sondern zumindest teilweise weitergegeben. Arbeit lohnte sich, nicht nur moralisch, sondern materiell. Heute wirkt diese Erinnerung fast wie eine Übertreibung. Als wäre sie nostalgisch verklärt. Doch sie ist real. Der Abstand zwischen damals und heute ist messbar und er ist groß. Denn während die Arbeitswelt technisch effizienter, flexibler und produktiver geworden ist, hat sich ihr soziales Versprechen aufgelöst. Arbeit trägt nicht mehr selbstverständlich. Sie reicht oft nicht mehr aus. Sie schützt nicht mehr zuverlässig.

Als Arbeit noch trug

Der Niedriglohnsektor markiert diesen Bruch. Er steht für eine Arbeitswelt, in der Beschäftigung zwar vorhanden ist, Sicherheit jedoch fehlt. In der Einkommen nicht steigen, obwohl Anforderungen wachsen. In der Menschen arbeiten, ohne voranzukommen. Während früher ein Lohn ausreichte, sind heute oft zwei nötig und selbst dann bleibt wenig Spielraum. Wo einst Stabilität herrschte, dominiert heute Kalkulation.

Besonders deutlich wird dieser Wandel im Alltag. Wer heute im Niedriglohnsektor arbeitet, lebt in permanenter Vorsicht. Jeder größere Einkauf, jede unerwartete Rechnung, jede Krankheit wird zur Belastungsprobe. Planung ist kurzfristig, Vorsorge kaum möglich. Das Leben verengt sich. Nicht durch Faulheit oder mangelnden Willen, sondern durch strukturelle Grenzen. Arbeit ist da, Perspektive fehlt.

Der Abstand zur früheren Normalität ist nicht nur ökonomisch, sondern mental. Arbeit wird heute anders erlebt. Sie ist weniger ein Fundament als ein Drahtseil. Wer darauf balanciert, weiß: Ein Fehltritt kann reichen. Das erzeugt Anpassung, nicht Aufbruch. Loyalität, nicht Selbstbewusstsein. Stille Akzeptanz statt Forderung.

Dass diese Entwicklung selten offen benannt wird, ist Teil des Problems. Der Vergleich mit früher wird vermieden, weil er unangenehme Fragen aufwirft. Warum reicht heute nicht mehr, was früher genügte? Warum wächst die Wirtschaft, während Sicherheit schrumpft? Warum wird Produktivität gefeiert, während Lebensrealitäten prekärer werden?

Der Niedriglohnsektor ist die Antwort auf diese Fragen, aber eine, die selten ausgesprochen wird. Er ist

Ausdruck einer Verschiebung, bei der Arbeit ihre soziale Funktion verloren hat, ohne dass dies offen beschlossen wurde. Kein großer Bruch, kein lauter Konflikt. Nur ein schleichender Übergang, der heute als neue Normalität gilt.

Doch Normalität ist das Ergebnis von Gewöhnung, nicht von Gerechtigkeit. Und genau deshalb verdient dieses Paralleluniversum Aufmerksamkeit. Nicht, weil es neu ist, sondern weil es längst alltäglich geworden ist.

Wie aus Sicherheit Flexibilität wurde

Der Übergang von einer Arbeitswelt, die trug, zu einer Arbeitswelt, die gerade noch reicht, geschah nicht über Nacht. Es gab keinen großen Beschluss, kein einzelnes Gesetz, das alles veränderte. Der Bruch vollzog sich leise, Schritt für Schritt, begleitet von einer Sprache, die Sicherheit versprach und tatsächlich etwas anderes meinte. Das Wort, unter dem sich dieser Wandel vollzog, lautete meist: Flexibilität.

Flexibilität klang modern, vernünftig, alternativlos. Unternehmen sollten beweglicher werden, Beschäftigungshürden sinken, der Arbeitsmarkt sich an neue globale Bedingungen anpassen. In einer Zeit wachsender internationaler Konkurrenz erschien diese Logik plausibel. Was dabei in den Hintergrund trat, war die Frage, wer die Kosten dieser Anpassung tragen sollte. Die Antwort darauf wurde nie offen ausgesprochen, aber praktisch entschieden: die Beschäftigten.

Zunächst betraf es die Ränder. Befristete Verträge galten als Einstieg, Teilzeit als individuelle Wahl, Leiharbeit als Übergangslösung. All diese Instrumente wurden nicht als Ersatz für reguläre Beschäftigung eingeführt, sondern als Ergänzung. Genau

darin lag ihre politische Durchsetzbarkeit. Niemand stellte das bestehende Modell infrage, man „öffnete“ es lediglich. Doch diese Öffnung wirkte wie ein Ventil, durch das Sicherheit langsam entwich.

Mit der Zeit verschob sich der Schwerpunkt. Was als Ausnahme gedacht war, wurde zur Regel. Befristungen endeten nicht mehr in Übernahmen, sondern in Anschlussbefristungen. Teilzeit wurde weniger zur selbstbestimmten Entscheidung als zur strukturellen Vorgabe. Leiharbeit verlor ihren Übergangscharakter und entwickelte sich zu einem dauerhaften Geschäftsmodell. Flexibilität wurde entgrenzt und Sicherheit relativiert.

Parallel dazu veränderte sich die politische Bewertung von Arbeit. Beschäftigung wurde zunehmend quantitativ verstanden. Entscheidend war, dass Menschen „im Arbeitsmarkt“ waren, nicht unter welchen Bedingungen.

Wer arbeitete, galt als integriert. Ob diese Arbeit ein Leben ermöglichte, spielte eine untergeordnete Rolle. Diese Verschiebung war zentral, denn sie erlaubte es, soziale Risiken statistisch zu neutralisieren.

Die großen Reformjahre der frühen 2000er beschleunigten diesen Prozess. Unter dem Banner der Modernisierung wurde der Arbeitsmarkt umgebaut, mit dem erklärten Ziel, Arbeitslosigkeit zu senken. Dieses Ziel wurde erreicht, zumindest gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen. Gleichzeitig entstand ein Arbeitsmarkt, der Beschäftigung erzeugt, aber Sicherheit abbaut. Arbeit wurde verfügbarer, aber fragiler.

Bemerkenswert ist, wie sehr dieser Umbau von einem breiten politischen Konsens getragen wurde. Er war kein Projekt einer einzelnen Partei oder Regierung. Wirtschaftliche

Wettbewerbsfähigkeit galt als übergeordnetes Ziel, soziale Sicherung als nachgelagertes Problem. Dass sich beides widersprechen könnte, wurde lange ausgeblendet. Der Preis der Flexibilität blieb abstrakt, solange er sich nicht in offenen Konflikten äußerte.

Doch genau hier liegt die Logik des Niedriglohnsektors. Er ist das Ergebnis eines Systems, das Risiken systematisch verlagert. Unsicherheit wurde individualisiert. Planung wurde privatisiert. Krankheit, Familiengründung, Altersvorsorge, all das wurde zunehmend zur persönlichen Herausforderung, nicht mehr zur gesellschaftlichen Aufgabe. Wer in diesem System nicht mithalten konnte, galt nicht als Opfer struktureller Verschiebungen, sondern als Sonderfall.

Diese Verschiebung veränderte auch das Selbstverständnis der Arbeitenden. Loyalität wich Vorsicht. Forderungen wurden leiser, Anpassung lauter. Wer jederzeit ersetzbar ist, verhandelt nicht offensiv. Wer von befristetem Vertrag zu befristetem Vertrag lebt, denkt kurzfristig. Der Arbeitsmarkt wurde beweglicher, aber auch kälter.

Der Niedriglohnsektor ist deshalb kein Fehlanreiz, den man einfach korrigieren könnte. Er ist das logische Ergebnis einer Politik, die Flexibilität über Sicherheit gestellt hat, ohne diesen Tausch offen zu benennen. Was früher als soziale Errungenschaft galt, wurde schrittweise als Standortnachteil interpretiert. Sicherheit erschien plötzlich teuer, Verlässlichkeit als Hemmnis.

So entstand eine Arbeitswelt mit zwei Geschwindigkeiten. Auf der einen Seite jene, die noch von der alten Ordnung profitieren, tariflich abgesichert, planbar, geschützt. Auf der anderen Seite ein wachsendes Segment, in dem Arbeit zwar vorhanden ist, aber ihre frühere Funktion verloren hat. Dieses Segment ist kein Übergang,

sondern ein stabiler Zustand.

Der Niedriglohnsektor ist damit kein Betriebsunfall der Globalisierung, sondern eine politisch akzeptierte Folgeentscheidung. Dass er bis heute kaum grundsätzlich infrage gestellt wird, zeigt, wie sehr sich diese neue Normalität verfestigt hat.

Leben im Niedriglohn, die stille Normalisierung

Wer im Niedriglohnsektor lebt, fällt nicht sofort auf. Genau das macht diese Realität so dauerhaft. Die Menschen gehen zur Arbeit, stehen früh auf, funktionieren. Sie fehlen nicht, sie streiken selten, sie sind selten laut. Der Alltag ist geprägt von Berechnung. Nicht abstrakt, sondern konkret. Reicht es bis zum Monatsende? Kann diese Rechnung noch warten? Ist der Arztbesuch wirklich nötig? Jede Entscheidung trägt ein finanzielles Echo. Das Leben schrumpft nicht spektakulär, sondern schrittweise. Spontanität verschwindet, Reserven gibt es nicht. Wer so lebt, entwickelt keine großen Pläne. Er lernt, Risiken zu vermeiden und sich selbst zurückzunehmen.

Besonders perfide ist, dass diese Unsicherheit kaum als Unrecht wahrgenommen wird. Sie wird internalisiert. Viele im Niedriglohnsektor zweifeln nicht am System, sondern an sich. Sie arbeiten mehr, verzichten weiter, passen sich an.

Nicht, weil sie überzeugt sind, sondern weil Widerstand teuer ist. Wer auf jeden Lohn angewiesen ist, kann sich keine Ausfälle leisten. Krankheit, Kündigung oder Konflikte mit dem Arbeitgeber sind keine abstrakten Risiken, sondern reale Bedrohungen.

So entsteht eine Form stiller Loyalität. Nicht aus Überzeugung, sondern aus Abhängigkeit. Der Niedriglohnsektor produziert keine offene Revolte, sondern Anpassung. Er hält Menschen in Bewegung, ohne ihnen Richtung zu geben. Arbeit wird zur Daueranstrengung ohne Perspektive. Wer auf diese Weise lebt, hat wenig Kraft für politische Teilhabe, wenig Vertrauen in Versprechen, wenig Geduld für Debatten, die an der eigenen Realität vorbeigehen.

Gesellschaftlich bleibt diese Realität erstaunlich folgenlos. Solange Regale gefüllt, Pakete geliefert und Pflege geleistet wird, gilt das System als funktionierend. Dass es auf stiller Überlastung beruht, wird ausgeblendet. Der Niedriglohnsektor erzeugt keinen sichtbaren Zusammenbruch, sondern einen schleichenden Verschleiß, sozial, gesundheitlich, psychisch. Die Kosten erscheinen nicht im Haushalt, sondern im Leben der Betroffenen.

Langfristig ist das nicht stabil. Eine Gesellschaft, in der Arbeit nicht mehr schützt, verliert einen zentralen Integrationsmechanismus. Arbeit bleibt Pflicht, verliert aber ihre legitimierende Kraft. Wer arbeitet und trotzdem nicht vorankommt, stellt keine großen Forderungen, aber er glaubt auch nicht mehr an das Versprechen, das ihm gemacht wurde. Dieses Misstrauen ist leise, aber nachhaltig.

Der Niedriglohnsektor ist deshalb mehr als ein ökonomisches Segment. Er ist ein gesellschaftlicher Zustand. Er zeigt, wie weit sich die Bedeutung von Arbeit verschoben hat. Von einem Fundament der Sicherheit zu einer bloßen Voraussetzung des Überlebens. Dass diese Verschiebung hingenommen wird, ist kein Zeichen von Zustimmung, sondern von Gewöhnung.

Deutschland hat sich an dieses Paralleluniversum gewöhnt. Nicht, weil es gerecht ist, sondern weil es funktioniert. Noch. Doch eine Ordnung, die auf dauerhafter Unsicherheit beruht, ist keine stabile Ordnung. Sie verschiebt Probleme in die Zukunft, in Krankheit,

Alter, politische Entfremdung. Der Preis dafür wird nicht sofort gezahlt, aber er wird fällig.

Der Niedriglohnsektor ist kein Randproblem. Er ist ein Spiegel. Er zeigt, was eine Gesellschaft bereit ist zu akzeptieren, solange der Betrieb läuft. Und er wirft eine Frage auf, die sich nicht ewig vertagen lässt: Was ist Arbeit noch wert, wenn sie nicht mehr trägt?



Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.